Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 570. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 5. Dezember 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 4. Dezbr. Garibaldi ist wider Erwarten hier eingetroffen, hat aber der heutigen Sitzung der Kammer nicht beigewohnt.

Turin, 3. Dez. In der gestrigen Kammersitzung war die Interpellation bezüglich der römischen Frage und der Zustände in den neapolitanischen Provinzen an der Tagesordnung.

Ferrari fragte, was für Rom bereits geschehen sei, und sieht erstaunt das ganze Resultat auf drei Dokumente, drei schriftliche Aufsätze, drei Privatschreiben reducirt, deren Sinn in nichts anderem besteht, als: Wir wünschen möglichst schnell nach Rom zu gehen, welches uns unentbehrlich ist. Und was war Napoleon's Antwort? Daß der Papst nicht bei Laune sei, in diese Verhandlungen einzugehen. Zur Ehre der Krone war Ricasoli's Note nicht vom König unterschrieben. Wem liegt es ob, über die inneren Angelegenheiten der Kirche zu verhandeln? Offenbar den Päpsten. Wie konnte Italiens Minister diese Rolle usurpiren; er hätte sich mit Politik befassen sollen. Was weiß er, und was wissen wir Alle, ob die weltliche und geistliche Macht des Papstes ist oder nicht.

Bezüglich der Phrase: „Freie Kirche im freien Staate" bemerkte Ferrari: Wir haben weder eine freie Kirche, noch einen freien Staat, denn wir leben in Ausnahmszuständen. Cavour proclamirte nach der Epoche der Annexionen das neue Prinzip der Decentralisation. Man sprach von Regionen; aber alle fühlten das Bedürfniß einer stabilen Organisation, um die Völker so glücklich zu machen, damit sie geduldig noch einige Jahre den großen Tag abwarten können. Ferrari fragt, ob die Minister diese Aufgabe gelöst haben. Ich verkenne nicht, fuhr er fort, was die Statthalter und Minister geleistet; was für ein Resultat aber erhielten wir? Daß eine Stadt von mehr als einer halben Million Einwohner, zu der Stellung einer Provinzialstadt wie Cosenza herabgesunken, einer fernen kleinen Stadt gehorchen muß; von Leuten regiert wird, welche Uebel nicht beheben können, weil sie des Ortes, der Sitten und Leute unkundig sind. Wenn die Berge des Südens nicht frei sind, ist der Weg nach Rom versperrt.

„Ich glaube", fuhr er weiter fort, „die Straße von Magenta und Solferino ist noch offen, aber auch jene von Marsala, Milazzo und Palermo muß es sein. Das Brigantenthum kann entweder durch die Verbesserung der Lage Neapels durch gute Gesetze, überhaupt durch Ausbeutung von Garibaldi's Dictatur, oder durch genügende Truppenmacht vernichtet werden. Viele Deputirte verlangten, jedoch vergebens, energische Mittel. Die Minister mögen sich über das Brigantenthum nicht täuschen. Die Briganti haben eine strategische Basis, und 100 Briganti halten 1000 Soldaten Stich." Schließlich entwirft Ferrari ein gräßliches Bild der Zustände in Neapel.

Alfieri billigt Ricasoli's Vorgehen nicht, weil er die Schwierigkeiten bezüglich Roms nicht genügend erkannte, namentlich Frankreich gegenüber, und schließt mit der Hoffnung, daß Ricasoli den Katholicismus sicherstellen werde, daß die römische Kirche respektirt werde.

Massari meint, daß man Italien auch ohne Rom machen kann, daß die innere Verwaltung dringend zu organisiren ist, als einziges Heilmittel für Italiens Uebel. Als Massari bei seiner Behauptung, daß Neapel gut verwaltet werde, der Regierung sein Vertrauensvotum gab, wurde er mehreremale von Lärm unterbrochen. Musolino bekämpft die französische Allianz. Garibaldi wird wahrscheinlich der morgigen Kammersitzung beiwohnen.

[Neueste Ueberlandpost.] **Calcutta**, 3. Nov. Hier ist die Nachricht von dem Tode Lord Elgin's eingetroffen.

Bombay, 12. Nov. Allahabad wurde zum Sitze der Regierung für die nordwestlichen Provinzen bestimmt. Die Cholera in Kabul hat aufgehört. Sir Richmond Shakspeare, Agent in Central-Indien, ist gestorben.

Neapel, 30. Nov. Das offizielle Blatt fängt an, detaillirte Berichte über die Insurgentenbanden zu geben. Danach hätten sich 5—600 Mann, mit Kanonen versehen, in der Basilicata vereinigt, würden aber von dem General La Chiesa verfolgt.

Der Bericht des Finanzcommissär Sacchi schlägt das Deficit auf die ungeheure Summe von 20 Millionen Dukaten an, wovon ein Theil bereits gedeckt sei durch baares Geld. Man hoffe indeß, das Gleichgewicht im Budget durch Verkauf der Güter zur todten Hand herzustellen.

Stuttgart, 4. Dezbr. Die zweite Kammer hat heute die Vorlage wegen Ablösungs-Entschädigung der Standesherren mit 61 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Preußen.

Berlin, 4. Dez. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Stadt- und Kreisgerichtsrath Albert Ernst Ludwig Schumacher zu Danzig und dem Buchhalter bei der Seehandlung, Geh. Rechnungsrath Mätzke zu Berlin, den rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem königl. belgischen Obersten Daelmann, Commandanten von Ostende, den rothen Adler-Orden 3. Klasse; dem königl. belgischen Major Emile de Brouwer, Commandanten der Bürger-Garde zu Ostende, dem herzogl. sachsen-coburg-gothaischen Premier-Lieutenant und Regiments-Adjutanten v. Schauroth, dem herzogl. sachsen-coburg-gothaischen Kanzlei-Rath Pabst, dem Hauptmann der Feuerlösch-Compagnie zu Saorlouis, Nicolaus Notty und dem evangelischen Pfarrer Thomasczik zu Schwarzstein, im Regierungsbezirk Königsberg, den rothen Adler-Orden 4. Klasse, so wie dem herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Ministerial-Kanzlisten Gatzert, dem pensionirten Chaussee-Aufseher Friedrich August Panier zu Schwersenz im Regierungsbezirk Posen, und den beiden Kawassen des Consulats zu Beirut, Seiyyid-Mohammed-Derrian ibn Mustafa und Abderrahman ibn Abd-el-Kader Sinnu, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Staats-Anwalts-Gehilfen Nebe-Pflugstaedt in Altenkirchen zum Staats-Prokurator bei dem Land-Gerichte in Düsseldorf zu ernennen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Verwaltungs-Direktor des Charité-Krankenhauses zu Berlin, Geh. Regierungsrots Dr. Esse, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Portugal Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Empfängniß Unserer lieben Frau von Villa-Viçosa; dem Ober-Staatsanwalt Oppendorff bei dem Ober-Tribunal zu Berlin, zur Anlegung der von des Fürsten von Waldeck und Pyrmont Durchlaucht ihm verliehenen Verdienst-Medaille; dem Regierungs-Referendarius Freiherrn von Heeremann zu Münster, zur Anlegung des ihm verliehenen Johanniter-Malteser-Ordens; dem Betriebs-Director der Rheinischen Eisenbahn, Strebel zu Köln, zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Maj. ihm verliehenen Ritterkreuzes des großh. luxemburgischen Ordens der Eichenkrone, und dem ersten Lehrer an der Taubstummen-Anstalt zu Weissenfels, Inspector Hill, zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg k. H. ihm verliehenen Ritterkreuzes 2. Klasse vom Haus- und Verdienst-Orden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu ertheilen. (St.-Anz.)

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Westram zu Wohlau ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Strehlen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nimptsch, versetzt worden.

Berlin, 4. Dez. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König haben gestern Mittag um 2 Uhr in Allerhöchstihrem hiesigen Palais dem großherzoglich hessischen Kammerherrn und Major à la suite, Frhrn. Wambolt v. Umstadt, eine Privataudienz zu ertheilen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe zum Minister-Residenten bei dem hiesigen königl. Hofe beglaubigt wird.

Se. Maj. der König nahmen heute Vormittag die Vorträge des Wirkl. Geh. Raths, Geh. Cabinetsrath Illaire und des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths Costenoble entgegen und empfingen die Großmeister der hiesigen drei großen Logen, sowie den General-Stabsarzt der Armee Dr. Grimm. Vorher nahmen Allerhöchstdieselben die Meldungen der General-Lieutenants v. Moltke, v. Alvensleben und des Generalmajors Geyr v. Schweppenburg an. — Zur Feier des Geburtstages Ihrer königl. Hoh. der Großherzogin von Baden war gestern bei Ihren Majestäten Tafel, zu welcher unter Anderen der großherzoglich badensche Gesandte, Frhr. v. Bieberstein geladen war. — Ihre königl. Hoh. der Kronprinz und der Prinz Friedrich Karl sind vom Schlosse Meißdorff, wohin Höchstdieselben sich am Sonntag zur Jagd bei dem Ober-Jägermeister Grafen v. d. Asseburg begeben hatten, heute Früh mittelst des kölner Schnellzuges wieder hierher zurückgekehrt. — Heute Mittag fand bei dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein großes diplomatisches Diner statt.

** **Berlin**, 4. Dez. [Zu den Wahlen.] Die gestrige Versammlung der constitutionellen Partei in der königlichen Realschule war inneren Angelegenheiten gewidmet, insbesondere der Umwandlung der neulichen provisorischen Abstimmung in eine definitive. Ganz dasselbe geschah in der nämlichen Stunde von der Fortschrittspartei bei Meser, Unter den Linden, und während diese die ihnen überhaupt verbleibenden drei Candidaten, nachdem auch Professor Virchow, der anderweit eine sichere Aussicht, gewählt zu werden, haben will, in der Ordnung: Twesten, Taddel, Waldeck aufstellten, ergab das Resultat der constitutionellen Abstimmung: Kühne, Syndikus Duncker, v. Sybel. Nach den gemachten Wahrnehmungen läßt sich nicht leugnen, daß die Parteistimmen auf beiden Seiten sich ziemlich die Waage halten werden, und die 60—80 Stimmen, welche man bisher in den Versammlungen vermißt hat, sowie am Ende die militärischen Wahlmänner, wenn sie sich nicht im letzten Moment der Abstimmung entziehen, könnten leicht den Ausschlag geben.

Zugleich fand im Saale des Schützenhauses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Herrn Elster eine Versammlung der Wahlmänner des vierten Wahlbezirks statt, zu welcher die Herren Ober-Tribunals-Rath Waldeck und Kreisgerichtsrath Parrisius aus Brandenburg eingeladen und erschienen waren. Zunächst theilt der Vorsitzende mit, daß von Herrn Dr. Temme aus Zürich ein Schreiben eingelaufen, worin derselbe seinen Dank ausspricht, daß man auch seiner bei der Wahl für das Abgeordnetenhaus gedacht habe, Familienverhältnisse geböten ihm jedoch, eine Wahl abzulehnen, so gern er auch seinen früheren Wahlkreis vertreten hätte, er werde aber immer der Alte bleiben, und bitte, dies den Wahlmännern mitzutheilen. (Beifall.) Ein zweites Schreiben war von Herrn Präsidenten v. Kirchmann eingegangen, in welchem derselbe sein Nichterscheinen entschuldigt, und bezüglich seiner politischen Ansichten auf seine am 29. November in Breslau gehaltene Wahlrede verweist, die von den dortigen Zeitungen mitgetheilt sei. — In ihrem Leitartikel sagte heut die „Kreuzzeitung": „Bei dem Wahlkampf bleibt das unbedingte consequente Festhalteu an unseren einmal aufgestellten Kandidaten ein Haupterforderniß. Wir würden das Interesse unserer Sache opfern, wollten wir bei Entscheidungen zwischen zwei Gegnern den Einen wider den Anderen unterstützen."

Berlin, 4. Dez. [Eine weitere Erklärung Vincke's.] Die „Kölnische Zeitung hatte die neuliche Erklärung des Herrn v. Vincke über seine vormundschaftlichen Pflichten in allerdings unschicklicher Weise commentirt. Dafür hat derselbe dem Redakteur des Blattes, Herrn Kruse, unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Entgegnung zum Abdruck zugeschickt:

Herrn Heinrich Kruse.

Köln.

Für die ehrenvolle Erwähnung meines verewigten Vaters in dem Leit-Artikel vom 29. v. Mts. danke ich Ihnen verbindlichst. Das Lob, was Sie mir bei dieser Gelegenheit spenden, lehne ich unbedingt ab: ich glaube zu allen Zeiten weit hinter dem zurückgeblieben zu sein, was ich als die Aufgabe eines Vertreters meines Vaterlandes mir vor Augen stellte. Das aber habe ich eben aus dem Beispiele meines Vaters gelernt, daß wir unter allen Umständen selbst auf den höchsten und ehrenvollsten Beruf verzichten sollen, wenn uns ältere und nähere Pflichten obliegen, welche unsere ungetheilte Hingabe erfordern. Sie bestreiten nicht, daß auch der Beruf eines Vormundes ein öffentliches Ehrenamt ist — also doch auch übernommen auf Grund der „dem Vaterlande geschwornen tausend Eide" — und es wird Ihnen vielleicht auch bekannt sein, daß dasselbe nicht willkürlich niedergelegt werden kann. Wer es daher einmal bekleidet, wird demselben stetige Sorge und — wie ich wenigstens die Sache auffasse — wie in jedem Berufe für Andere weit mehr als in seinen eigenen Angelegenheiten zu widmen haben. — Ob dieser Beruf während der nächsten Monate meine Anwesenheit hier erfordert, darüber kann natürlich nur ich, nach näherer Kenntniß der Sachlage urtheilen; Sie selbst wollen eben wegen Mangels genügender Kenntniß ein „abschließendes Urtheil sich nicht anmaßen," und daran thun Sie wohl. Jedenfalls gehört die nähere Darlegung der mir obliegenden Berufspflichten nicht vor das größere Publikum, und wenn Sie das, was Sie nur vertraulich erfuhren, zum Aussprechen von mir ungünstigen Vermuthungen benutzen, so eignen Sie sich schwerlich zum „Präsidenten eines Schwurgerichts." — Es ist, obwohl jedenfalls unerheblich, zufällig auch nicht wahr, daß ich meinen nächsten politischen Freunden von meinem Entschlusse nichts gesagt; einzelne kannten denselben schon seit fünf Monaten; Sie selbst wußten ja, nach Nro. 326 Ihres Blattes, „längst um die Absicht." — Was mich hindert, bis Ostern nur einige Mal auf kurze Zeit in Berlin zu erscheinen? Meine Auffassung der mir dort obliegenden — allerdings unter Umständen „lästigen" — Pflichten, über welche ich mich mit Niemandem, selbst nicht mit meinen Wahlmännern, zu „arrangiren" denke.

Ostenwalde, 2. Dezember 1861. Vincke.

Hiernach ist denn also das Nichteintreten des Herrn v. Vincke in die Kammer fest beschlossen. Auch in das Herrenhaus — was Viele glaubten — würde er nach dieser seiner Aeußerung zunächst gewiß nicht eintreten.

Deutschland.

Köthen, 2. Dez. [Rescript.] Der Herzog hat, nach der „Magd. Ztg." an unsere Stadtverordneten folgendes Rescript erlassen: „Ich will Ihnen nicht länger vorenthalten, wie sehr mich Ihr Benehmen bei der Eingabe beim Bundestage und nun wieder bei der Neuwahl eines Landtagsabgeordneten betrübt hat. Dies Drängen nach Aenderung unserer rechtsbeständigen Verfassung kann nur durch Einflüsterungen Unbefugter erfolgt sein, indem diese gewünschten eitlen Theorien zu Niemandes moralischer und materieller Besserung gereichen können. Das Glück, welches der liebe Gott so lange über Anhalt walten ließ, beruht hauptsächlich auf dem treuen gegenseitigen Anhängen von Fürst und Unterthanen. In der Hoffnung, es werde Ihnen an meiner Meinung noch etwas gelegen sein, habe ich sie Ihnen nicht vorenthalten wollen. Dessau, 6. November 1861. Leopold."

Italien.

Neapel, 26. Nov. Die offizielle Zeitung von gestern Abends giebt folgende Nachrichten über das Räuberwesen in der Basilicata und den angrenzenden Provinzen: „Telegraphische Depeschen, die gestern und heute Nachts hier angelangt sind, melden, daß die Briganten, welche sich in der Umgegend von Lago Pesola festgesetzt und das Dorf Bella (District Melfi) überfallen hatten, bis an die Grenzen zwischen der Provinz Basilicata und Principato citeriore vorgedrungen sind. Es scheint, daß es dieser Bande, einigermaßen verstärkt gelungen ist, das Dorf Balvano zu besetzen. Indessen sind die Besatzungen von Campagna und St. Gregorio abmarschirt, um dieselbe anzugreifen. Eine ansehnliche reguläre Truppenmasse und Mobilgarde marschiren bereits seit dem 20. d. M. in großen Tagemärschen von Bari und Cosenza nach Potenza, um sich mit den dort stationirten Truppen und den bereits aus der Capitanata an Ort und Stelle angelangten zu verbinden. Diese Truppen manövriren gemeinsam und mit Energie unter dem Befehle des Generals Della Chiesa, der das Ober-Commando führt. — Man behauptet, daß zu Terracina eine Landung von Fremden stattgefunden hat, die sich mit den Briganten jenseit der römischen Grenzen zu verbinden beabsichtigen. Diese Nachricht bedarf jedoch der Bestätigung. Aus den letzten Telegrammen geht hervor, daß die Briganten sich in der Nähe von Ricigliano concentrirt haben. Diesen Morgen in aller Frühe beorderte der General Della Chiesa die Truppen, die ihm zur Verfügung standen, dorthin. Nach der Aussage eines in Vietri arretirten Briganten besteht jene Bande aus 500 Mann, unter dem Befehle von Langlois und befinden sich auch unter ihnen Crocco und Borjes mit 22 Spaniern." — In Folge der in St. Giovanni stattgehabten bourbonischen Kundgebungen sind gestern zwei der Hauptanstifter jener Unruhen gefänglich hier eingebracht worden. (K.Z.)

[Ueber die Zustände Süd-Italiens.] Die ministerielle Majorität des italienischen Abgeordneten-Hauses hielt am Sonntag Abend eine Parteiversammlung, der etwa 150 Abgeordnete beiwohnten. Sämmtliche Minister waren erschienen, denn Ricasoli hatte Aufschlüsse über die neapolitanischen Angelegenheiten versprochen, namentlich über das Banditenwesen und über die Gründe, welche zur Abschaffung der Statthalterei in Neapel geführt haben. Das politische Banditenwesen ist laut Ricasoli's Erklärung gegenwärtig auf diejenigen Gebietstheile beschränkt, welche an das Römische stoßen und auf die Basilicata. In letzterer Provinz treiben sich zur Zeit etwa 600 bis 1000 Räuber umher, welche von ausländischen Chefs von militärischer Bildung angeführt werden. In Folge eines Abkommens mit der Regierung des Kaisers der Franzosen werden die französischen Truppen mit Nachdruck mitwirken, um das Räuberwesen an der römischen Grenze zu vernichten. Der Abschaffung der Statthalterei in Neapel, setzte Ricasoli hinzu, werde die derjenigen auf Sicilien folgen. Nach einigen Bemerkungen über minder erhebliche Punkte zog Ricasoli sich zurück, um der Versammlung Raum zu Berathungen über die vernommenen Erklärungen zu lassen. Die Majorität, welche bereits im Allgemeinen entschlossen war, das Cabinet Ricasoli zu unterstützen, beschloß, daß sie in der römischen Frage ein Tadelsvotum, das etwa von der Minorität gestellt würde, verwerfen werde. Was übrigens den Stand der Dinge in der Basilicata anbetrifft, so gesteht uns die „Opinione" zu, daß die Sache ernster geworden, nicht jedoch wegen vermehrter Anzahl, als wegen der einheitlichen Leitung der Banditen durch ausländische kriegskundige Männer. Die „Triester Ztg.", welche sich allerdings jetzt aus nächster Nähe darüber unterrichten kann, da das Haupt-Reactions-Comite jetzt in Triest wirkt, macht zu dem Zugeständnisse der „Opinione" die Bemerkung: „Wir sind überzeugt, daß mit der Concentration die Vermehrung Hand in Hand geht und zwar in lawinenartigem Maßstabe".

[Ein Schreiben Ricasoli's.] Das Central-Comite für Venetien hat dem Baron Ricasoli die Ergebnisse der Reichstagswahlen, die Oesterreich in Venetien angeordnet hatte, vorgelegt. Ricasoli hat in einem Schreiben geantwortet, das der mailänder „Pungolo" vom 29. Nov. veröffentlicht. Ricasoli bemerkt:

Die venetianischen Provinzen handeln, obwohl von zahlreichen Bataillonen unterdrückt, dennoch einmüthig, um muthvoll gegen den Fremdenzwang zu protestiren und ihre Zuversicht auf ein besseres Loos kund zu geben. Die übrigen italienischen Provinzen, die sich verständigt und unter Sr. Majestät Leitung gestellt haben, nehmen Act von diesem Protest und diesen Wünschen und hegen die gleiche Zuversicht, daß der Tag nicht fern mehr ist, wo diese Hoffnungen in Erfüllung gehen.

Großbritannien.

London, 2. Dez. [Die Trent-Angelegenheit.] Ueber die Trent-Angelegenheit berichtet heute die „Times": „Die britische Regierung hat keine Zeit verloren, ihre Genugthuungs-Forderung nach Amerika zu senden. Erst am Mittwoch kam die Nachricht von dem Angriff auf den Trent in England an, und schon befindet sich ein Bote der Königin auf dem Wege nach Washington mit einer Depesche an Lord Lyons, welche denselben instruirt, die Desavouirung des Schrittes, so wie die Auslieferung der Herren Mason und Slidell und ihrer Sekretäre an die britische Regierung zu fordern. In einem solchen Falle würde Zaudern eben so unheilvoll gewesen sein, wie Unterwerfung. Eine Beleidigung muß sofort gerächt werden, und zwar um so mehr, wenn die Aussicht auf Straflosigkeit wahrscheinlich zahlreiche Wiederholungen derselben im Gefolge haben würde. Die Regierung verdient also alle Anerkennung dafür, daß sie so rasch ihren Entschluß gefaßt hat. Als das Cabinet am Freitag zusammenkam, ward Earl Russell der Auftrag ertheilt, eine Depesche aufzusetzen, und am Sonnabend versammelten sich die Minister abermals, um sie zu revidiren und sich über die schließliche Fassung zu vereinbaren. Nachdem dies geschehen und die königliche Genehmigung erfolgt war, ward die Depesche gestern durch einen Boten nach Queens Town gesandt und wird wahrscheinlich binnen 12 Tagen in Washington anlangen. Wir hören, daß dieses Schriftstück, obgleich es in der festesten Sprache abgefaßt ist, doch mit vollem Rechte von

der Voraussetzung ausgeht, die Bundesregierung werde sich nicht weigern, ehrenvolle Genugthuung für eine rechtswidrige Handlung zu geben. In wie weit nun Aussicht vorhanden ist, daß eine solche Hoffnung in Erfüllung geht, mögen unsere Leser nach den letzten telegraphischen Nachrichten beurtheilen. Es ist erfreulich zu sehen, daß, was für Befehle die Unions-Regierung auch immer ihren Seeoffizieren gegeben haben mag, der Capitän des San Jacinto doch in sehr hohem Grade auf seine eigene Verantwortlichkeit hin gehandelt zu haben scheint. Am 15. Nov. traf sein Schiff mit den beiden Commissaren an Bord bei Fort Monroe ein. Den in New-York erscheinenden Blättern zufolge begab sich Commandeur Wilks ans Ufer und hatte eine Zusammenkunft mit dem General Wool. „Er drückte die Meinung aus, daß er recht gehandelt habe, sagte, er habe sich, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, dieser Beute bemächtigen müssen, und wenn er unrecht gehandelt habe, so könne ihm am Ende nichts Schlimmeres widerfahren, als daß er kassirt werde." Wenn diese Darstellung der Geschichte richtig ist, so scheint es, daß, was für einen Befehl zum Anhalten und Durchsuchen englischer Schiffe er oder irgend einer seiner Cameraden auch immer erhalten haben mag, die Gefangennehmung und Wegführung der beiden Commissare nicht von Washington aus besonders angeordnet war. Commandeur Wilks handelte daher entweder ohne Instructionen oder muß dieselben, seiner eigenen Ansicht nach, überschritten haben. Es würde dies die Verlegenheit der Unions-Regierung vermindern. Wenn sie die Verletzung der britischen Flagge nicht verfügt hatte, und diese Verletzung die unüberlegte Handlung eines überdiensteifrigen Offiziers war, so kann Herr Seward, ohne sich gedemüthigt zu fühlen, auf unsere Forderungen eingehen und die rechtswidrig verhafteten vier Personen frei lassen. Aber wir müssen gestehen, daß unsere Hoffnung auf eine solche Desavouirung nur schwach ist."

Der Transportdampfer „Melbourne" segelt am Donnerstag von Woolwich mit Truppen und Kriegsmaterial nach Halifax oder einem anderen britisch-nordamerikanischen Hafen ab. Er nimmt 25000 vollständige Armaturen und Monturen, eine Menge Haubitzen, eine 12pfd. und eine 9pfündige Batterie, eine Anzahl Amstrong-Kanonen, 7 Offiziere und 240 Mann ꝛc. an Bord.

---

§ **Breslau,** 4. Dez, [Wahlmänner-Versammlung der Fortschrittspartei.] Die heutige unter lebhafter Betheiligung im Saale des Café restaurant abgehaltene Wahlmänner-Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Herrn Justizrath Simon, mit der Erklärung eröffnet, die bereits im heutigen Morgenblatte d. Ztg. ihrem Wortlaute nach mitgetheilt wird. Hierauf ersuchte der Vorsitzende den mit allgemeinem Applaus begrüßten Herrn Dr. Paur, dem dritten der von der Fortschrittspartei vorgeschlagenen Candidaten, seine Ansichten auszusprechen. Herr Dr. Paur, der zu diesem Behufe aus Görlitz hierher gekommen, äußerte sich etwa, wie folgt. Mit aufrichtiger Freude stehe er heute vor dieser Versammlung und sage seinem Freunde Max Simon den herzlichsten Dank, daß er ihm Gelegenheit dazu gegeben. Da er nicht Allen bekannt, so wolle er sich zunächst über seine persönlichen Verhältnisse auslassen. Vom Jahre 1842—48 Lehrer an der Realschule in Neisse, war er, obwohl Protestant, in einer Stadt mit größtentheils katholischer Bevölkerung mit Liebe und Freundlichkeit aufgenommen. Als die Hauptaufgabe seines Lehramtes betrachtete er, die Schüler denken zu lehren, und suchte auch ihr Gefühl anzuregen. In Veranlassung der Herausgabe der Werke seines verewigten Freundes v. Sallet erhob man zuerst gegen ihn die Anklage als einen Freigeist und Irreligiosen. Der dortige Clerus verklagte ihn bei dem hies. fürstbischöflichen Amt, und der Minister Eichhorn entsandte in Folge dessen einen Reg.-Rath aus Oppeln zu seiner Vernehmung. Man verlangte von ihm, er sollte die Wissenschaften in christlichem Sinne lehren, und da er sich gegen jede Heuchelei erklärte, habe sich der Minister zwar über seine offene Aussprache gefreut, doch führte das fürstbischöfliche Amt seine Suspendirung herbei. Als er die Paulskirche in Frankfurt a. M. betrat, erhielt er seine Wiederanstellung; dennoch sah er sich später veranlaßt, von seinem Amte zu scheiden, lebte bis zum Jahre 1858 in Breslau, und siedelte dann nach Görlitz über, wo er nicht weniger Freunde fand als hier. Auch dort sei seine Wahl zum Theil gesichert. Seine Gesinnungen habe er nicht verändert; sie seien begründet von Jugend auf, und durch ein bewegtes Leben vollends durchgebildet. Aus den Stürmen des Jahres 1848 habe sich eine Perle ans Ufer gerettet, und er könne nicht mit einstimmen in das Wort derer, welche es ein Jahr der Schmach nennen; die gerettete Perle aber sei die Verfassung. Habe sie auch ihre Schwächen, und ein Jahrzehnt hindurch habe die Reaction gründlich darauf hingearbeitet, so seien auch die Grundpfosten unerschütterlich. Zu diesen rechnet er das Königthum, das Redner auffaßt als ein menschlich geschichtlich gewordenes, seit 10 Jahren als ein verfassungsmäßiges. Der zweite Grundpfeiler sind die Volksrechte, wahrgenommen durch eine kräftige Volksvertretung. Eine Reform des Herrenhauses, wie sie die Krone schon angebahnt, hofft der Redner von dem festen Geist des Abgeordnetenhauses, wodurch jenes endlich doch überwunden werden muß. Abgesehen von anderen Inconsequenzen des Wahlgesetzes hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen, hält er bei vorgeschrittener Bildung directe Wahlen und das allgemeine Stimmrecht für erforderlich. Eben so entschieden ist er für geheime Abstimmung, nicht blos aus practischen Gründen, sondern, weil sie der Natur der Wahl, die eine Vertrauenssache und eine Schätzung der ganzen Persönlichkeit ist, entspricht. Wenn er hineingreife in die Fülle der Verfassungs-Paragraphen, die ihm am Herzen liegen, so sei es zunächst der § 12, und da erkläre er sich denn gegen den modernen Begriff des christlichen Staates. Christus habe gesagt: Vor Gott sind alle Menschen gleich. Aber in jenem Staate herrsche Ungleichheit, Unduldsamkeit und Ausschließung. Die kirchlichen Genossenschaften sollen in der innern Thätigkeit ihre Freiheit haben, und nur insofern sie äußerlich mit der bürgerlichen Gesellschaft in Berührung kommen, der Aufsicht des Staates unterliegen. Er spreche sich für volle Emanzipation der Juden aus, nicht aus christlicher Duldung, sondern, weil sie ihr wohlverbürgtes Recht ist. In politischen Dingen müsse nicht das Gefühl, sondern der Verstand den Maßstab abgeben. (Lebhaftes Bravo.) Auch die Schule sieht noch der Vervollkommnung entgegen. Der Ruhm des preußischen Volksschulwesens schreibe sich von dem Ministerium Altenstein her. Damals war der Lehrer ein freier Mann, und es wurde ihm nicht zugemuthet, gegen seine Ansicht zu lehren. Ein neues Unterrichtsgesetz werde noch erwartet. Die Regulative seien weit mehr besprochen wie gekannt. Das wenige Gute, was sie enthalten, habe jeder vernünftige Lehrer schon vorher gewußt. Was darin neu, wüßte er nicht zu loben. Sie behandeln die Seminarbildung, die Präparandenbildung und die Volksschule, in allen sind gleich unzeitgemäße und unvolksthümliche Bestimmungen getroffen, wovon das jetzige Ministerium nur Einzelnes gemildert hat. Gegen diese, den Geist der Jugend niederdrückenden Regulative müsse sich die Opposition mit aller Macht richten. Sie wollen die „sogenannte klassische Literatur", den Geist eines Lessing, Schiller, Goethe, von den vaterländischen Seminarien ausgeschlossen wissen. Darüber müsse er innerlich grollen, und sich schämen, wie solches je im preuß. Regulative, selbst unter dem vorigen Regime, hat aufgenommen werden können. Wenn die Lehrer in dieser Beschränktheit gehalten werden, dann kann es freilich vorkommen, daß einer, wie dies neulich geschehen, wörtlich: „An Se. Hochwürden den Hrn. Magistrat" adressirt. Anstatt der sogen. klass. Literatur empfehlen sie „Grimms Kindermährchen". Die Absicht, durch allgemeinen Turnunterricht ein tüchtiges Volksheer heranzubilden, dürfte durch die anderweiten Bestimmungen vereiltelt, und auf diesem Wege der Geist nicht wieder erreicht werden, welcher in den Freiheitskriegen das Joch abwarf. Auch in den höhern gelehrten Unterrichts-Anstalten sei die Selbstständigkeit der Lehrer nicht mehr garantirt, und ein zu vielfaches Eingreifen in die Lehrthätigkeit fühlbar. Man erwarte Abhilfe von einem neuen Unterrichts-Gesetz. Die Schule führe ihn über zu den großen allgemeinen Fragen. Immer noch fehle ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, und wenn auch der Gebrauch desselben immer ein Unglück, so müsse es doch vorhanden sein. — Von den Ueberresten der frankfurter Nat.-Vers. könne man nicht verlangen, daß sie unser deutsches Vaterland verleugnen oder ignoriren, vielmehr streben sie, was so nahe der Erfüllung war, zu wahren, und zur Erfüllung zu bringen. Wenn die Volksvertretung consequent ihre Stimme erhebe, und der Krone erkläre, sie wolle einen einheitlichen deutschen Verfassungsstaat, und die Krone stimme diesem Rufe zu, dann werde ihr das Volk aus allen Gauen des Vaterlandes zujubeln. Er wünsche unserem König Wilhelm einen Usurpatorenmuth, nämlich den, deutsche Herzen zu erobern. Als ein Unglück würde er es betrachten, wenn das Ministerium gestürzt werden sollte. Es sind vortreffliche Männer, und das Volk mag ihnen Stützen senden in consequenten und tüchtigen Vertretern. Vertrauen hatte es sich erworben durch seinen freisinnigen Wahlerlaß, aber befremdet durch das, was darauf folgte, aus Befürchtung, daß die berliner Fortschrittspartei eine Anzahl entschiedener Männer ins Abgeordnetenhaus bringen würde. Eine freisinnige Regierung müsse in der Volksvertretung Elemente vertragen, die weiter gehn. Noch bevor das Abgeordnetenhaus zusammengetreten, habe das Ministerium eine Kabinetsfrage aufgestellt in Beziehung auf den Militär-Etat. Nach seiner Auffassung war von jeher die Last zur Vertheidigung des Landes gegenüber den eigentlichen positiven Bedürfnissen des Landes überbürdend, und ein Militär sagte ihm, daß eine Reform oder Reorganisation auch auf andere Weise möglich war als die jetzt beliebte. Wir leben in Frieden, aber so furchtbar bewaffnet, daß es alle Mittel zu verschlingen droht. Die Oderregulirung hat längst Millionen verlangt, um Handel und Wandel zu fördern. Wo sollen die Millionen herkommen, wenn so große Summen für andere Zwecke verwendet werden. Er könnte sich zu der Bewilligung das Mehrbedarf für die Armee nicht verstehen. Weder hier noch in Görlitz habe er sich zum Kandidaten gemeldet, das Vertrauen sei ihm entgegengekommen, und er werde gern willfahren, sofern eine Wahl ihn treffe. Er werde dem Ministerium weder geflissentlich entgegentreten, noch ihm in allen Dingen willfährig sein, und sein Studirzimmer, in dessen beschränkten Verhältnissen er sich seiner Natur nach wohl fühle, freudig mit der großen Welt des parlamentarischen Lebens vertauschen, wenn es gilt das Wohl seiner Mitbürger zu fördern. (Anhaltendes Bravo.) Der Vorsitzende dankte dem Redner für die Gründlichkeit und Offenheit, mit der er sich ausgesprochen, wobei er sich als einen entschiedenen, zuverlässigen, festen Mann zu erkennen gab. Redner selbst erklärte sich Hrn. Dr. Elsner für seine neuliche warme Empfehlung zum Danke verpflichtet. Nachdem Hr. Dr. Stein seine schon im Morgenblatt enthaltene, mit wiederholtem Applaus aufgenommene Widerlegung der gegen Kirchmann gerichteten Vorwürfe abgegeben, bemerkte Hr. Dr. Asch, Breslau möchte einigen Personen zu Liebe seinen alten entschiedenen Ruf der Freisinnigkeit nicht einbüßen, und alle Chancen wären für einen Sieg der Fortschrittspartei. Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

S. **Breslau,** 4. Dez. [Wahlmänner-Versammlung der Verfassungstreuen.] Nachdem wir bereits das Resultat der heut vollzogenen Vorwahl mitgetheilt, lassen wir einen eingehenderen Bericht über die Verhandlungen folgen. Es hatten sich 172 Wahlmänner an der Abstimmung betheiligt, die von dem Herrn Director Wachler unter Mithilfe des Herrn Kaufmann Burghardt, Banquier Guttentag, Kaufmann Otto Beck und Bezirksvorsteher Auras geleitet wurde. Ehe jedoch die Wahl vor sich ging, bemerkte der Vorsitzende, es sei ihm zur Kenntniß gekommen, daß Zweifel darüber entstanden wären, welche Stellung die Abgeordneten der verfassungstreuen Partei wohl der Judenfrage gegenüber einzunehmen gesonnen. Dieser Zweifel sei vielleicht daraus entstanden, daß keiner der Candidaten in Betreff dieser Frage sich erklärt hätte und eine dahin gerichtete Interpellation auch nicht gestellt worden sei. Zur Beseitigung dieser Zweifel wolle er Folgendes bemerken. Der Artikel 12 der Verfassung ist Gegenstand vielfacher Petitionen und Erörterungen im Abgeordnetenhause, namentlich während der letzten drei Jahre gewesen. Wiederholt sind die Anträge auf Ausführung dieses Verfassungsartikels dem Ministerium überwiesen worden; zweimal hat diese Frage eine namentliche Abstimmung herbeigeführt und dabei sich gezeigt, daß die liberale Partei eine bejahende Antwort auf jene Frage gegeben. Diese Bejahung sei also eine Prinzipienfrage der liberalen Abgeordneten.

Auch im Neunerprogramm der Verfassungstreuen sei die Ausführung des Artikels 12 der Verfassung als eine Forderung hingestellt worden. Alle Candidaten der Partei haben aber jenes Neunerprogramm zu dem ihrigen gemacht, alle haben also dadurch zu erkennen gegeben, daß sie für die Ausführung jenes Artikel 12 der Verfassung stimmen und wirken würden. Im Uebrigen nehme der Streit über die Judenfrage jetzt nicht mehr einen so weiten Umfang ein, wie dies früher der Fall gewesen ist; er beschränke sich jetzt nur noch auf die Frage wegen Anstellung der Juden als Richter und als Lehrer. Beide Fragen sind durch die seitherigen Verhandlungen des Abgeordneten-Hauses für ihre Erledigung vorbereitet worden, und daß diese Erledigung eine den Juden günstige sein werde, erscheine außer Zweifel. Wenn sonach die Candidaten durch ihr Festhalten an der Verfassuug nnd an dem Parteiprogramm genugsam ihren Standpunkt zu der beregten Frage dargelegt haben, so wolle er doch noch auf Eines aufmerksam machen. Die Unterstützung des Ministeriums stehe mit als Loosung der Verfassungstreuen da. Was nun die Ministerien über die beiden Theile der Frage bei den letzten, erst jetzt gedruckt erschienenen Verhandlungen der Petitions-Commission des Abgeordnetenhauses erklärt, werde daher von Interesse sein. In Folge der auch in diesem Jahre eingebrachten Petition des Ober-Rabbiner Sutor in München: „Das Abgeordnetenhaus möge dahin wirken, daß der Artikel 12 der Verfassungs-Urkunde ohne irgendwelche Beschränkung zur vollsten Anwendung gebracht werde, und daß die in seinen früheren Petitionen näher bezeichneten, die Ausschließung der Juden von öffentlichen Aemtern betreffenden Ministerial-Reskripte aufgehoben würden" erklärte das Justizministerium: die Staatsregierung habe bereits, ehe sie von der Sutro'schen Petition Kenntniß erhalten, erneute Berathungen über die Frage eintreten lassen:

Ob die Zulassung der Juden zu dem Richteramte mit der bestehenden Gesetzgebung vereinbar sei?

Es seien hierbei die Grundsätze, nach welchen bisher im Ressort des Justiz-Ministeriums verfahren worden sei, einer sorgfältigen Prüfung unterworfen und namentlich die Verfügung vom 10. Juni 1857, wodurch die Ober-Gerichte angewiesen sind, die Gesuche der Rechts-Candidaten jüdischer Religion um Zulassung zur Prüfung für die Auskultatur und zur demnächstigen Beschäftigung bei den Gerichten bis auf Weiteres abzulehnen, ins Auge gefaßt worden. Dies habe zu der Ueberzeugung geführt, daß die längere Aufrechthaltung dieser Verfügung erheblichen Bedenken unterliege. Der Justizminister beabsichtige deshalb den Erlaß einer Verfügung, durch welche die Ober-Gerichte Anweisung erhalten werden, Rechts-Candidaten jüdischer Religion zur Auskultatur und zur Beschäftigung bei den Gerichten wieder zuzulassen.

Was dagegen den bisher befolgten Grundsatz betreffe, daß den nach zurückgelegter dritter Prüfung ernannten Gerichts-Assessoren jüdischen Glaubens eine Anstellung als Richter nicht zu Theil werden könne, so seien die Berathungen darüber noch nicht zum Abschlusse gediehen. Zu den hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkten gehöre insbesondere auch der, wie weit der jüdische Beamte durch den Sabbath und die jüdischen Festtage verhindert würde, in gleichem Maße, wie der christliche Beamte, seiner Dienstpflicht nachgekommen. In dieser Beziehung habe sich die Aufmerksamkeit auf die Erfahrungen wenden müssen, welche bisher von den Behörden bei der Beschäftigung jüdischer Beamten gemacht worden seien. Der Justizminister habe von denjenigen Vorgesetzten, welche sich vorzugsweise in der Lage befunden haben, solche Erfahrungen zu machen, Berichte erfordert. Nach deren Eingehen werde die Frage nochmals sorgfältig erörtert werden."

Das Cultusministerium erklärte:

Im Bereich der Unterrichtsverwaltung werde die Anstellung von Juden als Lehrer an öffentlichen Schulen und anderen Unterrichtsanstalten, bei nachgewiesener Befähigung, nicht beanstandet werden, sofern nicht der christlich-confessionelle Charakter der betreffenden Anstalt, welcher durch den Director und das Lehrercollegium repräsentirt werde, entgegenstehe.

Mit der hierdurch bedingten, sich von selbst rechtfertigenden Beschränkung, würden Juden auch zur Absolvirung des sogenannten Probejahres, womit die amtliche Lehrthätigkeit beginne, zugelassen werden. Im Bereiche des Medizinal-Departements werde bei Anstellungen ein prinzipieller Unterschied zwischen Juden und Christen überall nicht gemacht."

Nach diesen Mittheilungen und nachdem Herr Kfm. Borchard erklärt, er halte es für selbstverständlich, daß die Juden bei Uebernahme von Staatsämtern auch den Verpflichtungen der Staatsbeamten genügen müssen, wurde zur Wahl geschritten, nach deren Feststellung der Vorsitzende die Versammlung noch die weiteren Modalitäten bei der Wahl am 6. Dezember zur Besprechung beregt.

Ein Comite, bestehend aus den Herren Commercienrath Molinari, Justizrath Fischer und Direktor Wachler wird zur Leitung der Wahloperationen ernannt und für Donnerstag Abend nach dem Schwert auf der Reuschenstraße eine Schlußberathung der Partei anberaumt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Wien, 4. Dez. Schluß der Mittagsbörse. Nat.-Anleihe 81, 30. 5proz. Metall. 67, 70. Credit-Aktien 179, 60. Nordbahn 214, 20. Franz.-Oesterr. Staatsbahn 276, 50. Credit-Loose 121, 40. London 140, 50. Neue Lotterie-Anleihe 82, 60.

Wien, 4. Dez. Abendbörse. Fest. Credit-Aktien 181, 10. Rente 69, 55 bekannt.

Alle übrigen Course fehlen noch.

Berliner Börse vom 4. December 1861.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe		4½	102 G.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57		4½	102¼ bz.
dito 1853		4	89¾ bz.
dito 1859		5	107¼ bz.
Staats-Schuld-Sch. …		3½	89½ bz.
Präm.-Anl. von 1855		3½	118 bz.
Berliner Stadt-Obl. .		4½	102½ B.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk. .	3½	92½ bz.
	dito dito	4	100¼ bz.
	Pommersche …..	3½	90 bz.
	dito neue …..	4	100 G.
	Posensche …….	4	103 G.
	dito …………	3½	98¼ bz.
	dito neue…….	4	95⅜ B.
	Schlesische ……	3½	92 bz.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	98½ bz.
	Pommersche …..	4	98¾ bz.
	Posensche …….	4	97½ B.
	Preussische ……	4	98⅞ bz.
	Westf. u. Rhein. .	4	98⅝ B.
	Sächsische…….	4	99⅜ B.
	Schlesische ……	4	99¼ G.
Louisdor………		—	109¾ bz.
Goldkronen …….		—	9. 6¼ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall. …..	5	48 bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	64 B.
dito neue 100-fl.-L.	—	58¼ bz.
dito Nat.-Anleihe .	5	57¾ à ⅞ bz.
dito Banku. n. Whr.	—	71⅝ bz.
Russ.-engl. Anleihe ..	5	98½ B.
dito 5. Anleihe …	5	85½ B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	79¼ B.
Poln. Pfandbriefe …	4	— — —
dito III. Em. …..	4	84¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl. .	4	92½ B.
dito à 300 Fl. .	5	92½ bz.
dito à 200 Fl. .	—	23¼ G.
Poln. Banknoten ….	—	85 bz.
Kurhess. 40 Thlr. …	—	51¾ à ½ bz.
Baden 35 Fl………	—	30½ B.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld…	3½	3½	82¾ bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	18 bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	86½ bz.
Berg.-Märkische	5½	4	98¾ à ¼ bz.
Berlin-Anhalter .	6½	4	134 à 13[illegible] à 133½ bz.
Berlin-Hamburg.	6⅔	4	114 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	9	4	151 B.
Berlin-Stettiner .	6½	4	122 B.
Breslau-Freibrg.	5½	4	110 à 111 bz. [b.
Cöln-Mindener ..	10½	3½	160½ à 158½ à 159½
Franz St.-Eisenb.	7⅛	5	131 à 130½ à 131 bz.
Ludw.-Bexbach.	9	4	134 bz. u. B.
Magd.-Halberst. .	18⅔	4	— — —
Magd.-Wittenbrg.	2	4	40½ etw. bz.
Mains-Ludw. A.	5¾	4	109½ à 110 bz.
Mecklenburger ..	2⅔	4	46½ bz. u. B.
Münster-Hammer	4	4	— — —
Neisse-Brieger ..	2⅛	4	— — —
Niederschles. …	4	4	97¼ B.
N.-Schl.-Zweigb.	½	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	2¼	4	46½ à ⅛ à ¾ bz u. G.
dito Prior….	—	4½	101½ G.
Oberschles. A…	7 1/15	3½	125 bz.
Oberschles. B…	7 1/15	3½	113 bz.
dito C. .	7 1/15	3½	126 bz.
dito Prior A. .	—	4	— —
dito Prior B. .	—	3½	85 B.
dito Prior C. .	—	4	— — —
dito Prior D. .	—	4	94¼ bz.
dito Prior E. .	—	3½	81¾ B.
dito Prior F. .	—	4½	100 B.
Oppeln-Tarnow.	½	4	28½ B.
Prinz-W. (St.-V.)	2	4	50 B.
Rheinische …..	4½	4	88¾ à 89¼ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	96 bz.
dito Prior…	—	4	90½ bz.
dito III. Em.	—	4½	95 bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	19¼ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3½	3½	— — —
Starg.-Posener ..	3½	3½	89 B.
Thüringer ……	6½	4	109½ bz.
Wilhelms-Bahn .	—	4	30 B.
dito Prior …	—	4	85½ B.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	81 B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein .	5	4	118 B.
Berl.-Hand.-Ges.	5¼	4	78 B.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	76 B.
Bremer „	5	4	103 B.
Coburg. Credit-A.	—	4	62 bz.
Darmst. Zettel-B.	7⅔	4	96½ G.
Darmst. Credb.-A.	4	4	77 à 76¾ bz. u G.
Dess. Creditb.-A.	—	4	2¼ à ½ bz. u. G.
Disc.-Cm.-Anthl.	5½	4	86 bz. u. G.
Genf. Creditb.-A.	2	4	37 etw. bz u. B.
Geraer Bank …	4	4	72 G.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	88⅛ etw. bz. u. G.
„ Ver. „	4½	4	101 G.
Hannov. „	5¼	4	96¼ B.
Leipziger „	3	4	65 B.
Luxembrg. „	7⅛	4	87 etw. bz. u B.
Magd. Priv. „	2⅔	4	84¼ G.
Mein.-Creditb.-A.	5	4	78 etw. à 77¼ bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	15 bz.
Oester. Crdtb.-A.	5	5	63 bz u. B.
Pos. Prov.-Bank	5 1/16	4	90 etw. bz.
Preuss. B.-Anthl	5⅛	4½	122¾ bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	87½ etw. bz. u B.
Thüringer Bank	2 1/7	4	52 B.
Weimar. Bank ..	4	4	73¼ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam …….	10 T.	141¾ bz.
dito ……….	2 M.	141 bz.
Hamburg …….	8. T.	150¾ bz.
dito ……….	2 M.	149⅞ bz.
London ………	3 M.	6. 20½ bz.
Paris …………	2 M.	79½ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	71¾ bz.
dito ……….	2 M.	71 bz.
Augsburg …….	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig ………	8 T.	99⅝ bz.
dito ……….	2 M.	99½ bz.
Frankfurt a. M. …	2 M.	56. 26 B
Petersburg …….	3 W.	93¾ bz. 3 M. 92⅝ b
Warschau …….	8 T.	85 B.
Bremen ………	8 T.	109¾ bz.

Stettin, 4. Dezbr. Weizen loco stark offerirt und schwer verkäuflich, besonders bunte Waare, pro Frühjahr höher, loco pr. 85pfd. gelber 80—83½ Thlr. bez., galiz. rollend 81 Thlr. bez., krakauer weißer nach Qual. 83—88 Thlr. bez., gelber schlesischer pr. Connoissement 83 Thlr. bez., schlesischer 83pfd. abzuladen 82½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 83—85pfd. gelber 85½—¾—86 Thlr. bez. — Roggen still, loco pr. 77pfd. 51¾—50½ Thlr. bez., 77pfd. Dezbr., Dezbr.-Jan., Frühjahr und Mai-Juni 51 Thlr. Br. — Gerste ohne Handel. — Hafer pr. 50pfd. loco 26 Thlr. bez., Frühj. 47—50pfd. 28 Thlr. Br., 27½ Thlr. Gld. — Erbsen ohne Umsatz. — Rüböl flau und niedriger, loco 12⅓ Thlr. bez., Dezbr. 12⅓ Thlr. bez., 5/12 Thlr. Br., April-Mai 12⅚ Thlr. bez. und Br. — Spiritus fest, loco ohne Faß 18 5/12—½ Thlr. bez., Dezbr.-Jan. 18 5/12 Thlr. bez., Jan.-Febr. 18½ Thlr. Gld., Febr.-März 18¾ Thlr. Gld., Frühjahr 19⅓ Thlr. Br., ¼ Thlr. Gld., ohne Faß 19½ Thlr. bez., April-Mai 19⅓ Thlr. bez. — Leinöl loco mit Faß 13 Thlr. Br. — Talg, 1ma russ. gelb Lichten- 17 Thlr. tr. bez. — Thran, heller schott. 16 Thlr. bez. — Hering, schott. crown und fullbrand 11—11½ Thlr. tr. bez.

Heutiger Landmarkt: Weizen 72—83 Thlr., Roggen 50—54 Thlr., Gerste 34—38 Thlr., Hafer 22—28 Thlr., Erbsen 50—54 Thlr. Kartoffeln 22½—25 Sgr., Heu 15—20 Sgr., Stroh 5—5⅔ Thlr.

Breslau, 5. Dez. Wind: Nord-West. Wetter: kalt bei bewölktem Himmel, gestern Abend starkes Schneegestöber. Thermometer Früh 4° Kälte. Die Landzufuhren waren heut sehr beschränkt, desgl. das Angebot von der Bahn, somit erhielt sich der Geschäftsverkehr in engen Grenzen.

Weizen matt; pr. 84pfd. weißer 75—92 Sgr., gelber 75—90 Sgr. — Roggen schwach behauptet; pr. 84pfd. 55—60 Sgr., feinster 61—62 Sgr. — Gerste wenig Handel; pr. 70pfd. weiße 43½—44½ Sgr., helle 41½—42½ Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 24—27 Sgr., galizischer 23—26 Sgr. — Erbsen und Wicken schwach gefragt. — Bohnen unbeachtet; galizische 68—72 Sgr., schlesische 72—76 Sgr. — Oelsaaten ohne Offerten. — Schlaglein behauptet.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen …..	75—83—92	Wicken……………	42—45—48
Gelber Weizen ….	75—82—91		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen………….	55—59—62	Schlagleinsaat ..	155—170—190
Gerste ………….	38—42—45	Winterraps …..	190—210—228
Hafer……………	22—24—28	Winterrübsen …	— — —
Erbsen………….	55—60—65	Sommerrübsen ..	165—175—188

Kleesaat wenig angeboten, rothe 10—12—13½—14 Thlr., weiße 13—15½—19—23 Thlr.

Thymothee ohne Angebot. — Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 20—26 Sgr., pr. Metze 9 Pf. bis 1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Robes Rüböl flau, pr. Ctr. loco 12 5/12 Thlr., Dezember 12½ Thlr., April-Mai 13 Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 17⅓ Thlr. Gld., Dezember 17½ Thlr., Frühjahr 18 Thlr. Br.

Posen, 4. Dezember. Wetter: hell. Roggen: matt. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 45⅙ bez. u. Gld., ¼ Br., Dezember-Januar do., Januar-Februar 45 5/12 Br., ⅓ Gld., Februar-März 45½ bez. u. Gld., ⅔ Br., März-April 45¾ Gld., ⅚ Br., Frühjahr 1862 do.

Spiritus: schwach behauptet. Gek. 6000 Qrt. Loco per d. Monat 17 7/24—⅓—⅜ bez. u. Br., Januar 1862 17½ bez., Gld. u. Br., Februar 17⅚ bez., ⅔ Br., März 17¾ Gld., April 17⅚ Gld., April-Mai 18—1/24—⅛ bez. u. Br.

Hartwig Kantorowicz.

Berichtigung.

Der von einem **Anonymus** im heutigen Morgenblatt mitgetheilte **gegen v. Kirchmann** gerichtete Auszug aus den stenographischen Berichten der Frankfurter National-Versammlung beruht auf dem hinlänglich gezeichneten und oft widerlegten **Bassermann**schen Berichte; er ist also **falsch**, was auch erklärlich, wenn man sich an den Namen und die politischen Wandelungen des Referenten jenes Ausschusses, **Marine-Raths W. Jordan,** erinnert.

Zum Ueberfluß erwähnen wir noch, daß in einer der nächsten Sitzungen der Ausschuß sich selbst wieder berichtigt hat — was der Anonymus wohlweislich verschweigt.

Das Comite der Wahlmänner der Fortschrittspartei.

Wahlmänner-Versammlung.

Die Herren Wahlmänner, welche mit den **Verfassungstreuen** stimmen wollen, werden hierdurch eingeladen, **Donnerstag den 5. d. Mts.,** Abends 7 Uhr, im Saale des Müssigschen Hotels, Reuschestraße Nr. 2, zu einer Schlußberathung sich einzufinden.

Breslau, den 4. Dezember 1861.

[4212] **Der Vorstand.** Wachler, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.